

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	488
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	273/2018
		GZ:	JB, T
Sitzungstermin:	06.11.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	die Herren Bellviure (SchulverwA), Holzer (HochbA)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Fortschreibung des Schulsanierungsprogramms auf der Grundlage der Beschlüsse des Doppelhaushaltes 2018/2019		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 12.10.2018, GRDRs 273/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der baulichen Umsetzung für die in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 vorgesehenen Maßnahmen / Einzelprojekte des Schulsanierungsprogramms (Anlage 1) wird zugestimmt (Sammelbaubeschluss). Grundlage der weiteren Planung und Realisierung der beschlossenen Maßnahmen / Projekte ist die GRDRs 844/2017. Danach ist ein derzeit real umsetzbares Maßnahmenbudget von je 40 Mio. EUR im Jahre 2018 und 2019 festgelegt.
2. Die Verwaltung kann Mehraufwendungen bei einzelnen Maßnahmen / Projekten durch Minderausgaben bei anderen Maßnahmen / Projekten innerhalb des vorgegebenen Gesamtvolumens ausgleichen. Alle Maßnahmen / Projekte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StRin Schiener (90/GRÜNE) hinterfragt die Priorisierung der Maßnahmen, wonach zuerst die Kosten für eine Maßnahme ermittelt und danach eine Reihenfolge festgelegt würde. Das bedeute für sie: Die billigste Maßnahme habe "Prio 1". Ein äußerst brisantes Thema seien in den Schulen die Toilettenanlagen, die sich zum großen Teil in desolatem Zustand befänden. Dies sei für die Kinder unerträglich, und man müsse diese Maßnahmen unbedingt an erste Stelle setzen. Leider finde man in der Aufstellung keine Jahreszahl für den Baubeginn.

Darauf reagierend stellt StR Körner (SPD) einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Finanzen bzw. der Mittelabfluss bei der Vorlagenberatung im VA besprochen werden sollen.

Herr Bellviure (SchulverwA) betont, dass in dieser Sammelentscheidung zahlreiche Maßnahmen enthalten sind, die umsetzungsreif sind. In der Vorbereitung dieser Vorlage habe man sich auf Maßnahmen konzentriert, die im kommenden Jahr noch umgesetzt werden können bzw. bereits umgesetzt worden sind. An StRin Schiener gerichtet sagt er, man habe versucht, eine gewisse Flexibilität zu entwickeln, die mit einer gewissen Planungssicherheit einhergehe. Man habe bisher Prioritäten festgelegt, ohne im Vorfeld die Kosten zu kennen. Die zugrunde gelegten Zahlen von Drees & Sommer hätten sich mittlerweile durch Zeitablauf und neue Erkenntnisse überholt. Man habe anhand neuer Zahlen Vorschläge erarbeitet, welche Maßnahmen im folgenden Doppelhaushalt umgesetzt werden könnten. Der Ausschuss habe dann das "Königsrecht", Prioritäten zu setzen. Des Weiteren bestätigt er die äußerst unbefriedigende Situation bei den schulischen Toilettenanlagen. Man versuche, im Laufe des Jahres 2019 eine Lösung zu entwickeln, wie dieses Problem schneller behoben werden könne. Dies könnten aber nur punktuelle Maßnahmen sein.

Auf die Planungspauschale für statische Untersuchungen (zur Nutzung der Außenhaut der Schulgebäude für Solaranlagen) kommt StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) zu sprechen. Diese seien mit 600.000 € veranschlagt. Er habe Rückmeldungen bekommen, dass das gesamte Prozedere sehr schleppend verlaufe, insbesondere die Kooperation mit den Energiediensten Stuttgart, der Tochtergesellschaft der Stadtwerke Stuttgart (SES). Er möchte wissen, wie man diesen Prozess optimieren kann und wünscht eine Auflistung, welche Aufgaben hausintern und welche extern bearbeitet werden. Eventuell sei es klüger, Kompetenzen im Amt zu bündeln.

StR Zeeb (FW) sieht die eingeplanten Budgets von ca. 40 Mio. € jährlich skeptisch. Wenn diese tatsächlich verbaut würden, wäre dies zu begrüßen.

Herr Holzer (HochbA) erläutert das in 2010 gestartete Programm der Planungspauschale. Im Rahmen einer Gesamtanalyse aller Schulbauten gehe es darum, die statischen Verhältnisse zu klären. Man sei hier schon weit fortgeschritten. Mit den Erkenntnissen der Statik für zusätzliche Lastreserven werde ein Nebeneffekt erreicht mit dem Ziel, mehr PV-Anlagen einzurichten. Die Kausalität des Programmes stamme aber nicht aus der Photovoltaik, sondern aus der Sicherheit der Gebäude. An StR Zeeb gerichtet bestätigt er die derzeit angespannte Situation beim Mittelabfluss: Aufgrund der guten konjunkturellen Situation sei es schwierig, Firmen auf die Baustellen zu bekommen. Zum anderen benötige man zusätzliches Personal in den Ämtern, um die "volle Schlagzahl" zu erreichen.

Das Stichwort "sperrige Bauabwicklung" hinterfragt StRin Gröger (SPD). Dies liege zum Teil auch an Firmen, die nicht korrekt arbeiteten und zahlreiche Pannen und Verzögerungen generierten. Man möge dies im Unterausschuss/Verwaltungsausschuss Sanierungsprogramm Schulen und Schulentwicklungsplanung intensiver ansprechen.

StRin Schiener betont den energetischen Part (PV-Anlagen, Null-Energie-Schule etc.), der mit einem entsprechenden Budget hinterlegt werden muss. BM Thürnaeu sagt, dieser Sachverhalt sei ständig im Fokus, und der Einbau von PV-Anlagen werde stets planmäßig abgearbeitet. Schwierig werde es, wenn in bereits laufenden Maßnahmen umgeschwenkt und zusätzliche Punkte, wie bspw. Plus-Energie- oder Null-Energie-Standard eingefordert würden. Das bedeute in der Planung "drei Schritte zurück".

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt BM Thürnaeu fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
Tiefbauamt (5)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR